

## Protokoll Nr. 7 (2023-2027)

### der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 25.01.2024 im Focke Museum

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Anwesend waren:

- |                |   |   |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat  | Jan Brockmann<br>Lukas Dietzel<br>Gudrun Eickelberg<br>Yvonne Funke<br>Dr. Vera Helling<br>Jörg Henschen<br>Klaus-Peter Land<br>Jörn H. Linnertz<br>Ingeborg Mehser | Dr. Dagmar Burgdorf<br>Inga Dominke<br>Jörg Findeisen<br>Jan Hannemann<br>Marek Helsner<br>Frank Köhler<br>Malte Lier<br>Robert Lipphardt |
| b) vom Ortsamt | Ralf Möller<br>Thomas Berger  |   |
| c) als Gäste   | Matthias Müller und Alexander Hesse (wesernetz Bremen GmbH/swb AG) (zu TOP 2)<br>Michael Bürger (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW)) (zu TOP 3)    |   |

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Ralf Möller deutlich, dass sich mit der Demonstration „[Laut gegen rechts](#)“ fast 50.000 Menschen auf dem Domshof für die Demokratie eingesetzt hätten, darunter auch viele Beiratsmitglieder. Er bedanke sich für dieses Zeichen und dieses Engagement.

Anschließend wird das Protokoll Nr. 6 der Beiratssitzung am 14.12.2023 genehmigt.

Die für die heutige Beiratssitzung vorgelegte Tagesordnung wird geändert, da zu dem Thema „Fernwärmetrassenerweiterung“ ein Kamerateam von „buten un binnen“ anwesend ist: Der bisherige TOP 4 „Sachstand zu den Bauverzögerungen bei der Fernwärmetrassenerweiterung“ wird zu TOP 2 und der bisherige TOP 2 „Beiratsbeschluss vom 13.11.2023 ‚Baumschutz Am Barkhof‘“ wird zu TOP 4. Damit wird die Tagesordnung wie folgt beschlossen:

#### Tagesordnung

1. Bürger:innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. Sachstand zu den Bauverzögerungen bei der Fernwärmetrassenerweiterung
3. Beiratsbeschluss vom 28.09.2023 „Haushaltsantrag für die Grünflächenunterhaltung des Focke-Museums“
4. Beiratsbeschluss vom 13.11.23 „Baumschutz Am Barkhof“
5. Anhörungsverfahren Umleitung der BSAG-Linien 22, N3 und N9
6. Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)-Mittelvergabe 2024 für Schwachhausen
7. Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeiräteOG)
8. Verschiedenes

#### **TOP 1: Bürger\*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

##### Mitteilungen der Öffentlichkeit

Ein Anwohner aus der Rosemarie-Pohl-Weber-Straße bedankt sich zunächst für die Unter-

stützung des Beirats für die dortige Baugemeinschaft in den Verhandlungen mit dem Investor des Wohnparks Schwachhausen. Dann weist er darauf hin, dass eine der vier Bauflächen nach wie vor unbebaut sei. Das sei ein unschöner Anblick. Der im Bebauungsplan vorgesehene Kinderspielplatz sei ebenfalls noch nicht hergestellt. Beides sei jedoch im Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde und dem Investor für innerhalb von drei Jahren vereinbart. Ralf Möller sichert zu, dass das Ortsamt den Sachstand klären werde.

#### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Ralf Möller berichtet, dass Umweltbetrieb Bremen (UBB) angekündigt habe, für die in diesem Winterhalbjahr gefällten Straßenbäume mangels Budget im laufenden Jahr keine Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Mit diesem Sachverhalt würden sich die Fachausschüsse „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“ sowie „Umwelt, Klimaschutz und Energie“ am 31.01.2024 in einer gemeinsamen Sitzung befassen.

### **TOP 2: Sachstand zu den Bauverzögerungen bei der Fernwärmetrassenerweiterung**

Zunächst erinnert Ralf Möller daran, dass der Beirat die Problematik bereits in seiner letzten Sitzung am 14.12.2023 erörtert habe und sich insbesondere eine bessere Kommunikation der wesernetz Bremen AG mit dem Beirat und der Öffentlichkeit gewünscht habe.<sup>1</sup> Dass Angebot von wesernetz, den Beirat weiter zu informieren, habe dieser für seine heutige Sitzung gerne angenommen.

Ein Mitglied der Baugemeinschaft im Wohnpark Schwachhausen stellt fest, dass beim Bau aller dortigen Immobilien auf den Einbau einer eigenen Heizung verzichtet worden sei, weil die Gebäude an die Fernwärme angeschlossen werden sollen. Seitdem hingen alle Gebäude an einer mobilen, mit Heizöl betriebenen Heizungsanlage und der Anschluss an das Fernwärmenetz stehe dahin. Wesernetz sei bislang eine Antwort zu einem Anschlusstermin schuldig geblieben. Er wolle daher wissen, ob ein Anschluss auch als teilweiser Anschluss, bspw. der Rosemarie-Pohl-Weber-Straße über die Scharnhorststraße, erfolgen könne und ob es einen Zeitplan für die Rosemarie-Pohl-Weber-Straße gebe.

Ein Gewerbetreibender aus der H.-H.-Meier-Allee erkundigt sich nach dem Termin für die endgültige Fertigstellung der Fahrbahn in der H.-H.-Meier-Allee und nach der Möglichkeit, bei der Stadtgemeinde Bremen Schadenersatz für die erneute Sperrung der H.-H.-Meier-Allee zu erhalten.

Matthias Müller (wesernetz Bremen GmbH) erwidert, dass ihm ein Termin für den Anschluss der Rosemarie-Pohl-Weber-Straße leider nicht bekannt sei. Wesernetz stelle aber online derartige Informationen zur Verfügung.<sup>2</sup> Die Straße allein werde nicht angeschlossen, sondern nur im Zusammenhang mit einem Subnetz, an dem auch die Scharnhorststraße hängen werde.

Auf weitere Fragen aus dem Beirat erwidern Matthias Müller und Alexander Hesse:

- Das Baufenster für die Baumaßnahmen in der H.-H.-Meier-Allee, im Schwachhauser Ring und in der Kirchbachstraße erstrecke sich bis Ende März 2024;
- für die H.-H.-Meier-Allee sei ein Abnahmetermine mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) für 02.02.2024 vorgesehen. Die vorhandene Mängelliste sei abgearbeitet worden. Die Straße könne anschließend hoffentlich freigegeben werden;
- der Schwachhauser Ring und die Kirchbachstraße seien im Wesentlichen nur noch wegen der Bohrung unter der Kreuzung mit der Schwachhauser Heerstraße gesperrt. Aber diese solle im Verlauf des Monats März abgeschlossen und die Kreuzung zum 31.03.2024 wieder freigegeben werden;
- in Abständen seien an der Fernwärmeverbindungsleitung sog. Abgangsstücke eingebaut worden. An diesen würde das weitere Netz in die Quartiere angeschlossen. Sie befänden sich in den Nebenanlagen, so dass bei einem tatsächlichen Anschluss nicht wieder eine

<sup>1</sup> Für das Protokoll der Beiratssitzung am 14.12.2023 siehe unter [Protokoll Nr. 6 \(TOP 2\)](#).

<sup>2</sup> Informationen zur Fernwärme in Bremen finden sich bei der wesernetz Bremen GmbH unter [Fernwärme in Bremen | wesernetz](#). Die Verfügbarkeit von Fernwärme lässt sich unter [Fernwärme-Verfügbarkeit in Bremen & Bremerhaven | wesernetz](#) prüfen. Für die Rosemarie-Pohl-Weber-Straße ist demnach ein Fernwärmeanschluss nicht möglich (Stand: 05.02.2024).

**Nachrichtlich:** Der Baugemeinschaft liegt allerdings auf ein direktes Anschreiben hin inzwischen ein Angebot der wesernetz Bremen AG zum Anschluss an die Fernwärme vor.

- Hauptstraße aufgerissen werden müsse;
- die Beschilderung der Baustelle und des Umleitungsverkehrs erfolge durch von wesernetz beauftragte Firmen nach Vorgaben des ASV;
- wesernetz könne für Bauverzögerungen und finanzielle Einbußen von Gewerbetreibenden nicht per se haftbar gemacht werden. Mit derartigen Baumaßnahmen sei das Risiko von Bauverzögerungen verbunden. Eine Umsetzung werde aber niemand vornehmen, der von vorneherein für jegliche Verzögerung haftbar gemacht werden könne. Wer eine Entschädigung erwarte, werde letztlich den Rechtsweg beschreiten müssen.

Marek Helsner weist erneut darauf hin, dass die Kommunikation von wesernetz „ausbaufähig“ sei. Er erwarte, dass wesernetz von sich aus mit Informationen auf die Menschen zugehe. Die Frage der zukünftigen Wärmeversorgung bewege die Menschen und sie erwarteten Antworten.

Jörg Henschen bemängelt, dass wesernetz die Gewerbetreibenden an der H.-H.-Meier-Allee nicht erreicht habe. Auch er bitte dringend um eine bessere Kommunikation. Er sei froh, dass sich mit dem Termin am 02.02.2024 eine baldige Freigabe der H.-H.-Meier-Allee erwarten lasse. Er bitte das Ortsamt, neben wesernetz zur Februar-Sitzung des Beirats auch das ASV einzuladen.

Dr. Dagmar Burgdorf äußert Zweifel hinsichtlich einer Öffnung der Straße nach dem 02.02.2024. Sie berichtet, dass die Handelskammer Bremen die Gewerbetreibenden aus der H.-H.-Meier-Allee am 11.01.2024 zu einem Gespräch eingeladen habe. Diese seien aufgebracht über die neuerliche Sperrung, so dass sich auch für sie die Frage nach einer Entschädigung stelle.

Jörn H. Linnertz stellt fest, dass wesernetz den Beirat nicht ausreichend informiert habe. Es seien Versprechungen gemacht, aber anschließend nicht eingehalten worden. Vielleicht werde die H.-H.-Meier-Allee nach dem 02.02.2024 wieder nutzbar sein, aber sie werde zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Fahrradstraße hergestellt sein.

Dr. Vera Helling macht deutlich, dass der Ausbau des Fernwärmenetzes, z.B. auch für die Rosemarie-Pohl-Weber-Straße, schnellstmöglich erfolgen solle, um nicht die Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Unbeantwortet bleiben die Fragen der Beiratsmitglieder zu folgenden Sachverhalten:

- Anzahl der bereits realisierten Subnetze;
- Abstimmung zwischen wesernetz und ASV zur Herstellung der Fahrradstraße in der H.-H.-Meier-Allee (ohne vorherige Wiederherstellung des vormaligen Ist-Zustands).

Ralf Möller schließt diesen TOP damit ab, dass wesernetz auch zur Februar-Sitzung des Beirats berichten werde.

### **TOP 3: Beiratsbeschluss vom 28.09.2023 „Haushaltsantrag für die Grünflächenunterhaltung des Focke Museums“**

Ralf Möller berichtet, dass der Beirat in seiner Sitzung am 28.09.2023 einen Haushaltsantrag beschlossen habe, in dem er gefordert habe, für eine „angemessene und fachgerechte Park- und Grünanlagenpflege der historischen Gartenanlagen des Focke-Museums“ ein angemessenes Budget im Haushalt 2024/ 25 bereitzustellen und diese finanziellen Mittel der Grünordnung bei der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) zu übertragen.

SUKW habe in seiner Antwort zugesagt, den Haushaltsantrag in den Haushaltsverhandlungen zu berücksichtigen. Gleichzeitig habe SUKW dargelegt:

- Das Budget für die Pflege der Außenanlagen des Focke Museums sei unzureichend;
- es bedürfe zunächst einer Grundsatzklärung, welchem Sondervermögen die Fläche zukünftig zuzuordnen ist. Derzeit sei ist die Fläche dem Sondervermögen (SV) Immobilien und Technik zugeordnet und befinde sich damit in der Verantwortung von Immobilien Bremen (IB). Nur eine Zuordnung zum SV Infra Grün/ Außenanlagen eröffne die Möglichkeit eines höheren Budgets und damit einer angemessenen Pflege;
- in den vergangenen Jahren sei es nicht gelungen, „das Grünflächenbudget maßgeblich aufzustocken“.

Die Grünfläche am Focke Museum umfasse knapp 39.000 m<sup>2</sup>. Welches Budget IB für deren Pflege vorgesehen habe, sei dem Ortsamt nicht bekannt. Gegenwärtig werde die Fläche schlechter unterhalten als die Außenflächen von Kindergärten und Schulen, die ebenfalls in der

Verantwortung von IB lägen. Mit seiner Forderung, die Pflege der Fläche an die Grünordnung bei SUKW und damit Umweltbetrieb Bremen (UBB) zu übertragen, sei eine Einstufung in die Pflegestufe 1 oder 2 wahrscheinlich. Bei einer Einstufung in die geringer dotierte Pflegestufe 2 würde dies einen Betrag von etwa € 44.300 für die Flächenpflege ergeben. Angesichts des Zustands der Fläche sei davon auszugehen, dass IB einen deutlich geringeren Betrag für die Flächenpflege angesetzt habe.

Da der Beirat die Antwort von UKW als zu vage und zu unkonkret wahrgenommen habe, habe der Koordinierungsausschuss das Ortsamt gebeten, das Ressort zur heutigen Sitzung zu einem Schlichtungsgespräch in den Beirat einzuladen.

Prof. Dr. Anna Greve (Direktorin des Focke Museums) stellt ergänzend fest, dass die Fläche gegenwärtig weit von einer dem Focke Museum angemessenen Parkanlage entfernt sei.

Michael Bürger (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW)) berichtet, dass der Haushaltsantrag wie zugesagt der zuständigen Deputation für die Haushaltsberatungen zugeleitet worden sei. Grundsätzlich lasse sich feststellen, dass UBB für die Grünflächenpflege nicht auskömmlich ausgestattet sei. Angesichts der noch offenen Haushaltsberatungen sei unklar, ob sich hieran etwas ändern werde. Offen sei auch noch die Forderung des Beirats nach einer geänderten Zuordnung der Fläche.

Zu Nachfragen des Beirats äußert sich Michael Bürger wie folgt:

- Es sei beabsichtigt, die ehemals bestehende [Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern](#) wieder aufleben zu lassen. Konkrete Schritte seien hierzu aber noch nicht eingeleitet worden;
- dem Ressort sei der Bedarf sehr wohl bewusst, aber alles hänge von dem Budget ab, das der zukünftige Haushalt beinhalten werde. Das Ressort versuche, ein höheres Budget für die Grünflächenpflege zu erreichen. Selbst aus den zurückliegenden Jahren gebe es noch Rückstände in der Pflege. Sollte das Budget selbst für verkehrssichernde Maßnahmen nicht auskömmlich sein, müsse priorisiert werden. Dies bedeute im Extremfall, dass Wege und Flächen gesperrt werden müssten. Da die Grünfläche am Focke Museum aber sehr bedeutend sei, werde es dort zu keinen Sperrungen kommen. Er werde aber die Hinweise auf die beträchtlichen Schäden mitnehmen;
- die Zuordnung zu einem Sondervermögen definiere, wer zuständig sei und welches Budget angesetzt werde. Gespräche zu einer geänderten Zuordnung der Fläche würden geführt. Solange die finanzielle Notlage der Stadtgemeinde aber bestehen bleibe, rate er dazu, die Fläche im SV Immobilien und Technik zu belassen. Die gegenwärtige Zuordnung zum SV Immobilien und Technik und damit zu IB ergebe sich aus dem Bebauungsplan.<sup>3</sup>

Dr. Vera Helling stellt fest, dass die Wege in der Grünanlage in einem „grottigen“ Zustand seien und insbesondere für ältere Menschen eine Zumutung. Da das Focke Museum samt Außenanlagen unter Denkmalschutz stehe, komme der Pflege der Grünfläche eine besondere Bedeutung zu.

Gudrun Eickelberg ergänzt, dass schwere Unfälle von Nutzer\*innen der Grünfläche durchaus möglich seien.

Jörn H. Linnertz macht deutlich, dass die Situation unbefriedigend sei und der Beirat auch eine restliche Chance für eine Aufstockung des Budgets nutzen sollte.

Dr. Anna Greve berichtet, dass das Focke Museum gegenwärtig mit IB verhandle, um eine Sanierung der Zuwegung über den Ernst-Grohne-Weg zu erreichen. Da das Museum für die Sanierung des Spiekers zusätzliche Mittel eingeworben habe, gebe es hier Verhandlungsmasse. Da die Zusammenarbeit mit IB funktioniere, stelle sich die Frage, ob die Grünfläche nicht sinnvollerweise bei IB belassen werden sollte.

Abschließend stellt der Beirat einstimmig fest, dass der Dissens zwischen Beirat und SUKW fortbesteht und deshalb die zuständige Deputation mit der Frage der Finanzierung der Grünanlage und der Zuordnung der Fläche zum SV Infra Grün/ Außenanlagen befasst werden soll.

---

<sup>3</sup> Der hier geltende [Bebauungsplan 693](#) legt an dieser Örtlichkeit Gemeinbedarf mit der Spezifizierung „Museum“ fest und bspw. nicht „öffentliche Grünfläche“.

#### **TOP 4: Beiratsbeschluss vom 13.11.23 „Baumschutz Am Barkhof“**

Ralf Möller leitet damit ein, dass der Fachausschuss „Umwelt, Klimaschutz und Energie“ in seiner Sitzung am 13.11.2023 einstimmig einen Bürgerantrag zu mehr Baumschutz für die Straßenbäume in der Straße Am Barkhof befürwortet habe und einen Antrag an SUKW gerichtet habe, in dem er folgende Forderungen aufgestellt habe:<sup>4</sup>

- Schutz des Straßenbaumbestandes vor weiteren mechanischen Schäden;
- Optimierung der Baumstandorte, z.B. durch Teilflächenentsiegelungen, für einen nachhaltigen Erhalt und eine Weiterentwicklung des Altbaumbestands;
- Einhaltung der Mindestanforderungen des „Handlungskonzepts Stadtbäume“;
- eine zeitnahe Maßnahmendurchführung.

SUKW habe am 14.12.2023 wie folgt auf den Beschluss geantwortet:

„Grundsätzlich teile ich die Auffassung des Beirates sowie der Straßengemeinschaft Am Barkhof, dass der Altbaumbestand in den Bremer Straßen wirkungsvoll geschützt werden muss. So auch in der Straße Am Barkhof. Dazu gehört ein wirkungsvoller Schutz vor Anfahrtschäden durch Kfz sowie die Schaffung von Baumscheiben, die den Altbäumen einen ausreichenden Wurzelraum zur Verfügung stellen. (...)

Eine kleinteilige Lösung für die Straße Am Barkhof sehe ich derzeit nicht, da der Baumbestand – dort wo nötig – bereits durch Poller geschützt ist; in anderen Abschnitten schützt das vorhandene Hochbord den Baumbestand. Das stellenweise Entfernen der Hochborde stellt keine Lösung dar, da zum einen die Straßenoberfläche eine seitliche Abstützung benötigt und ohne Bord die Gefahr des Wegbrechens der Fahrbahnoberfläche besteht, zum anderen durch das Entfernen der Borde möglicherweise auch erheblich Schäden an den Baumwurzeln verursacht werden können.

Eine kurzfristige Lösungsmöglichkeit kann ich daher leider zum jetzigen Zeitpunkt nicht anbieten.“

Der Koordinierungsausschuss habe daraufhin das Ortsamt gebeten, die Thematik für die heutige Sitzung vorzusehen, da hier offensichtlich ein Dissens zwischen Beirat und Ressort bestehe.

SUKW habe nun hat heute dem Ortsamt mitgeteilt, dass die Forderung des Beirats an die zuständige Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) und das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) weitergeleitet worden sei. SUKW biete an, einen gemeinsamen Termin mit der Beiratssprecherin, der Ortsamtsleitung, dem ASV und SUKW zu organisieren, um das Anliegen des Beirats gemeinsam zu klären.

Michael Bürger macht deutlich, dass hier tatsächlich das ASV zuständig sei, da für eine Umsetzung der Beiratsforderungen ggf. ein Eingriff in das Straßenprofil erfolgen müsse.

Marek Helsner bedauert, dass nur auf Grund des Widerspruchs des Beirats das Gesprächsangebot unterbreitet worden sei. Dabei handele es sich um eine vergleichsweise kleine Maßnahme.

#### **TOP 5: Anhörungsverfahren Umleitung des BSAG-Linien 22, N3 und N9**

SBMS habe um eine Stellungnahme gebeten zur Verlängerung der Umleitungsverkehre für die Buslinie 22 und die beiden Nachtlinien N3 und N9, so Ralf Möller.<sup>5</sup> Die Verlängerung bis 31.03.2024 werde notwendig, weil der Bau der Fernwärmeverbindungsleitung durch den Schwachhauser Ring und die Kirchbachstraße sich verzögere.

Der Beirat nimmt die Verlängerung der geänderten Streckenführung zur Kenntnis.

#### **TOP 6: Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA)-Mittelvergabe 2024 für Schwachhausen**

Ralf Möller berichtet, dass der Beirat in seiner Sitzung am 23.11.2023 der Verteilung der OKJA-Mittel zugestimmt habe, wie sie vom Controllingausschuss (CA) für den Stadtteil Schwachhausen vorgelegt worden sei.<sup>6</sup> Der CA sei bei seinem Vorschlag jedoch nicht von dem seitens der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (SASJI) in Aussicht gestellten und vom Jugendhilfeausschuss (JHA) am 23.11.2023 beschlossenen Haushaltsanschlag für Schwach-

---

<sup>4</sup> Siehe [Protokoll Nr. 2](#) (TOP 3) der Sitzung des Fachausschusses „Umwelt, Klimaschutz und Energie“ am 13.11.2023.

<sup>5</sup> Die Streckenführung der Buslinie 22 und der Nachtlinien N3 und N9 ist der **Anlage 1** zu diesem Protokoll zu entnehmen.

<sup>6</sup> Für die Beiratssitzung am 23.11.2023 siehe [Protokoll Nr. 5](#) (TOP 3) sowie die Anlage [Vorschlag des CA für die Verteilung der Mittel für die offene Jugendarbeit](#).

hausen ausgegangen (etwa € 170.700 plus etwa € 6.350 Integrationsbudget), sondern von der höheren Forderung der Landesarbeitsgemeinschaft Bremer Jugendverbände (LAG) (etwa € 188.600). Da die zuständige Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 29.11.2023 jedoch die Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit wie von der Senatorin vorgeschlagen beschlossen habe, sei das Votum des Beirats hinfällig gewesen. Es habe sodann am 20.12.2023 eine weitere Sitzung des CA gegeben, auf der jedoch keine Einigung erzielt werden können. Daraufhin habe der Leiter des zuständigen Sozialzentrums eine Mittelverteilung gemäß des Beschlusses der Sozialdeputation vorgenommen. Daraus ergebe sich folgende Mittelverteilung:

- Jugendfreizeitheim Parkallee (Trägerin: Deutsches Rotes Kreuz (DRK)): etwa € 123.000 (inkl. Zuschuss für die Miete und Integrationsbudget; beantragt: etwa 136.400);
- Treffpunktarbeit (Vaja e.V.): etwa € 47.100 (beantragt: etwa 50.400);
- Soziale Gruppenarbeit (Nasr e.V.): € 6.800 (beantragt: etwa € 15.500);
- Temporäre Spielstraßen (SpielLandschaftStadt e.V.): € 0 (beantragt: € 2.800).

Die stellvertretende Leiterin des Jugendfreizeitheims an der Parkallee macht deutlich, dass aus der neuen Mittelverteilung noch 5% als Planungsreserve zurückbehalten würden, das entspreche einer Summe von etwa € 6.000. Angesichts des deutlich reduzierten Zuschusses werde das DRK die Öffnungszeiten für das Freizi von vier auf drei Tage verringern. Vor Ort seien jetzt nur noch zwei Kolleg\*innen tätig, eine Vollzeitstelle habe das DRK kündigen müssen. Die Kostensteigerungen, mit denen die Jugendeinrichtungen umgehen müssten, beruhen im Wesentlichen auf dem Anstieg der Tarifgehälter und der Energiekosten.

Ralf Möller legt anschließend einen Beschlussvorschlag vor.<sup>7</sup>

Der Beirat folgt diesem Vorschlag einstimmig. Damit lehnt er die vorgelegte Mittelverteilung ab und fordert eine Befassung der Mittelverteilung in der zuständigen Deputation und in der Beirätekonferenz

### **TOP 7: Novellierung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeiräteOG)**

Ralf Möller berichtet, dass die Bremer Senatskanzlei die beabsichtigte Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter den Beiräten zur Stellungnahme vorgelegt habe.<sup>8</sup> Hierzu habe die Fraktion der SPD einen Antrag vorgelegt.<sup>9</sup>

Jörg Henschen begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass damit bei der Vergabe der Mittel aus dem Stadtteilbudget Verkehr eine größere Flexibilität für den Beirat gegeben sei. Gudrun Eickelberg weist darauf hin, dass bereits der Koordinierungsausschuss sich über diesen Antrag einig gewesen sei. Seitens SBMS bestehe die Absicht, das Stadtteilbudget Verkehr zu erhalten und für weitere Maßnahmen zu öffnen. Gleichzeitig gebe es die Überlegung, die Globalmittel der Beiräte um 20% anzuheben. Beides entspreche den Forderungen der meisten Beiräte.

Der Beirat stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion einstimmig zu.

### **TOP 8: Verschiedenes**

Ralf Möller weist auf folgende Termine hin:

- Donnerstag, 08.02.2024, 18 Uhr, Koordinierungsausschuss;
- Donnerstag, 22.02.2024, 19:30 Uhr, nächste Beiratssitzung.

Sprecherin

Vorsitzender

Protokoll

Gudrun Eickelberg

Ralf Möller

Thomas Berger

<sup>7</sup> Der Beschlussvorschlag ist als **Anlage 2** dem Protokoll angefügt.

<sup>8</sup> Das Anschreiben der Bremer Senatskanzlei und die Synopse zur Änderung des Ortsbeirätegesetzes ist als **Anlage 3a** diesem Protokoll angefügt.

<sup>9</sup> Der Antrag der SPD-Fraktion ist als **Anlage 3b** diesem Protokoll angefügt.